LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/14872**

21.07.2025

Kleine Anfrage 6116

der Abgeordneten Henning Höne und Dietmar Brockes FDP

Außer Spesen nichts gewesen? – Was bleibt von der Brüssel-Reise von Ministerpräsident Wüst und Wirtschaftsministerin Neubaur?

Ministerpräsident Hendrik Wüst, seine Stellvertreterin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der Minister für Europaangelegenheiten Nathanael Liminski reisten kürzlich gemeinsam mit zwölf Konzernchefs großer nordrhein-westfälischer Unternehmen nach Brüssel. Ziel war ein **–** öffentlichkeitswirksames **–** Treffen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, bei dem den Angaben der Landesregierung zufolge ein Impulspapier mit dem Titel „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“ übergeben wurde. Nach einem gemeinsamen Mittagessen folgte eine Pressekonferenz – allerdings ohne einer Teilnahme der Kommissionspräsidentin selbst. Auch über eine Reaktion auf das Impulspapier seitens der EU-Kommission oder von Ursula von der Leyen persönlich ist nichts bekannt.

Trotz der eigens zu diesem Anlass beantragten Aktuellen Stunde und der entsprechenden Plenardebatte in der Landtagssitzung am 10.07.2025 bleibt die Landesregierung der Öffentlichkeit weiterhin zentrale Details der Reise schuldig, insbesondere im Hinblick auf die Wirkung der Reise über die Pressefotos hinaus. Der WDR urteilte daher bereits: „Schon am Tag danach hatte man in Brüssel die Sache wieder vergessen.“[1]

Die Argumentation, dass die Unternehmensvertreter nicht mitgekommen wären, wenn es nicht wichtig gewesen wäre, darf hier nicht gelten; für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zählen konkrete Ergebnisse. Ministerpräsident Hendrik Wüst erklärte in der o.g. Landtagsdebatte lediglich, Ursula von der Leyen habe „sehr, sehr genau zugehört“ und man habe ein „Follow-up“ verabredet.[2] Dieses Follow-up soll etwa in der Form von Berichten über die Wirkung von EU-Initiativen in der Praxis der nordrhein-westfälischen Unternehmen erfolgen. Dazu soll es weitere Gespräche mit der Kommission geben. Ob die EU-Kommission und ihre Präsidentin daran jedoch mehr Interesse haben als bspw. an einer gemeinsamen Pressekonferenz, die wie dargelegt gar nicht stattfand, bleibt ungewiss. Ebenso unklar bleibt, ob diese Spiegelung der Auswirkungen von EU-Initiativen nun für alle Unternehmen erfolgen soll – oder ob kleine und mittlere Unternehmen, Freiberufler und insbesondere das Handwerk erneut – wie bereits bei der Auswahl der Delegationsteilnehmer – außen vor gelassen werden.

[1] Christoph Ulrich: Man kann es auch übertreiben, in: WDR, 04.07.2025, abgerufen unter: https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/18-millionen/editorial-bruessel-wuest-100.html (letzter Zugriff 16.07.2025)

[2] Rede des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, Plenarsitzung am 10.07.2025, TOP 1 “Neues Impulspapier der Landesregierung - Wirtschaftspolitische Realsatire beenden und endlich die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen in Nordrhein-Westfalen verbessern”, Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP.

Datum des Originals: 21.07.2025/Ausgegeben: 23.07.2025

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wer hat zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung über die Durchführung der Reise nach Brüssel – einschließlich der Zusammensetzung der Delegation – getroffen?

2. Wie lautete das vollständige Programm der Brüssel-Reise einschließlich aller offiziellen Termine, Gesprächspartnerinnen und -partner sowie begleitender Veranstaltungen?

3. Welche Kosten sind im Zusammenhang mit der Reise der Landesregierung nach Brüssel und der Erstellung sowie Kommunikation des Impulspapiers „Europapolitischer Impuls aus Nordrhein-Westfalen“, aufgeteilt nach Positionen (insbesondere Kosten der IW-Studie als Grundlage des Impulspapiers sowie Reise-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten der Delegation sowie etwaige Kommunikationsausgaben), angefallen?

4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um sicherzustellen, dass der Besuch und die angekündigten Nachfolgeformate wie die Berichterstattung über Auswirkungen von EU-Initiativen tatsächlich eine Wirkung entfalten, die insbesondere für NRW nachhaltig und erkennbar ist?

5. Aus welchen Gründen wurde bei der Auswahl der Delegationsteilnehmer auf eine Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen, Vertreter der Freien Berufen sowie des Handwerks verzichtet?

Henning Höne
Dietmar Brockes